1729 Unterschriften gegen eine Seilbahn durch das Naturschutzgebiet Taubergießen seien eine deutliche Botschaft, findet Michael Perrass, der die Unterschriftenaktion gegen die Europa-Park-Pläne ins Leben gerufen hat. Symbolfoto: Pedersen

»Deutliches Signal an den Park«

Europa-Park | Petition gegen Seilbahn über den Taubergießen hat 1729 Unterschriften / Initiator zufrieden

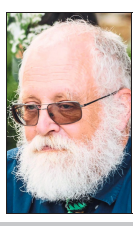
21 000 Stimmen waren das Ziel gewesen, 1729 Unterschriften hatte die Online-Petition gegen die geplante Seilbahn des Europa-Parks über das Naturschutzgebiet schließlich bekommen. Trotz allem ein Erfolg, findet Initiator Michael Perrass.

■ Von Julia Göpfert

Rust. »Schützt die Rheinauen – Schützt Taubergießen!« war der Slogan gewesen, unter dem die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) am 11. Februar 2021 begonnen hatte, online Unterschriften gegen den Bau einer Seilbahn von Rust nach Frankreich zu sammeln, den der Europa-Park geplant hatte. Bereits zehn Tage später hatte die Petition bei www.open-petition.de mehr als 400 Unterschriften verzeichnet. Zum Ende des Sammelzeitraums ein Jahr später hatten sich 1729 Menschen gegen die Seilbahn ausgesprochen. Es sind nicht einmal zehn Prozent der Unterschriften, die nötig gewesen wären, damit die Plattform die Initiative unterstützt, das wäre erst ab 21 000 der Fall gewesen. Jedoch sei er trotzdem zufrieden, betont der Initiator und Kreis-ÖDP-Vorsitzender Perrass gegenüber der Lahrer Zeitung. »Es ging uns darum, Aufmerksamkeit zu erregen, und diese ist entstanden.«

1315 der gesammelten Unterschriften stammen aus Baden-Württemberg. Somit sei die Petition und der Zuspruch, den sie im Ortenaukreis erfahren habe, ein »deutliches Signal an den Europa-Park. Wir hoffen, dass der Park verstanden hat, dass die Menschen der Region nicht zusehen werden, wenn er eine Seilbahn über den Taubergießen plant«, betont Perrass. Bereits mit dem Bau des Wasserparks sei Naturschutzgebiet zerstört worden, man werde nicht zulassen, dass sich das mit der Seilbahn wiederhole.

> **» Wir hoffen, dass der Europa-Park die Botschaft verstanden hat.«**
>
> Petition-Initiator Michael Perrass



»Es gibt derzeit andere Schwerpunkte in der Gesellschaft, aber sollte das Interesse des Europa-Parks an der Seilbahn wieder steigen oder detaillierter, werden wir entsprechend etwas unternehmen«, erklärt Perrass, auch mit Blick auf das Jahr 2023, in dem die Planungspause des Parks zur Seilbahn endet (siehe Info).

Doch auch abseits der Seilbahn seien die gesammelten 1729 Unterschriften »ein Warnschuss an den Park, dass nicht alles so weiterläuft, wie gehabt«, betont Perrass und verweist in diesem Zusammenhang auf die 2019 gegründete Bürgerinitiative »Jetzt langt's«, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Europa-Park und seine Auswirkungen auf die Region genau im Blick zu behalten. Auch außerhalb des Seilbahn-Projekts wolle man dem Park auf die Finger sehen, weiter wachsam sein, kündigte Perrass an.

INFO

Projekt Seilbahn

Unter dem Namen »Projekt S« stellte der Europa-Park im November 2018 seine Idee einer Seilbahn vor, die von Rust durch das Naturschutzgebiet Taubergießen über den Rhein nach Frankreich führen sollte. Aus Angst um das Naturschutzgebiet regte sich jedoch sofort großer Widerstand dagegen, sodass der Park seine Seilbahn-Pläne in Absprache mit dem Ruster Gemeinderat für fünf Jahre pausierte. Ganz gelegt hatte sich der Wirbel darum jedoch nie. 2020 hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann erklärt, dass er die Seilbahn gut finde, CDU-Staatssekretär Steffen Bilger hatte 2021 gar Fördergelder des Bundes dafür in Aussicht gestellt.

Mahlberg sammelt für die Ukraine

Die Stadt Mahlberg sammelt bis zum morgigen Mittwoch Sachspenden für Menschen in der Ukraine.

Mahlberg (red/jg). Die Stadt Mahlberg organisiert zusammen mit Ehrenamtlichen und der Freiwilligen Feuerwehr einen Spendentransport für die Menschen in der Ukraine. Dafür bittet sie Menschen aus der Region, Hilfsgüter in zugeklebten und beschrifteten Kartons bis spätestens Mittwoch, 9. März, 18 Uhr bei der Stadt Mahlberg abzugeben. Laut Pressemitteilung werden folgende Spenden benötigt: Verbandszeug und Medikamente wie Ibuprofen, Paracetamol, Analgetika, Antipyretika, Nurofen sowie Medikamente gegen Durchfall. Ebenfalls gebraucht werden Desinfektionsmittel. Erste-Hilfe-Sets, Katheter, Bandagen, Tropfer, Alkoholtücher und sterile Tücher. Aber auch Nahrung sei dringend notwendig: Trinkwasser, haltbare Lebensmittel, Babynahrung, Konserven, Müsli, Tee, Zucker, Salz und anderes. Als Ausrüstung bräuchten die Menschen dort zudem Taschenlampen, Kerzen, leere Säcke, Klebeband, Batterien, Isomatten, Schlafsäcke, Wolldecken und Zelte. Fragen zur Spendenaktion werden unter Telefon 07825/8 43 80 beantwortet. Das Rathaus ist am Dienstag von 8.15 bis 12 Uhr und am Mittwoch zudem noch von 14 Uhr bis 18 Uhr für Publikumsverkehr geöffnet. Das Bürgerbüro im Rathaus II nimmt am Dienstag von 7.30 bis 12 Uhr und am Mittwoch zudem von 14 Uhr bis 18 Uhr Spenden entgegen.

■ Wallburg

■ **Die Musikkapelle** lädt alle aktiven Musiker, Mitglieder des Freundeskreises, die Eltern der Jungmusiker und Zöglinge sowie Freunde und Gönner zur Hauptversammlung am Freitag 18. März, ab 19.30 Uhr in die Festhalle in Wallburg ein. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Vorstands und Neuwahlen.

Nutzung in trockenen Tüchern

Klinikum | Paul-Gerhardt-Werk unterschreibt Vertrag für Ettenheim

Ettenheim (red/jg). Das Paul-Gerhardt-Werk und das Ortenau-Klinikum haben den Mietvertrag für die geriatrische Rehabilitation im künftigen Zentrum für Gesundheit Ettenheim abgeschlossen. Silke Boschert, Vorstand des Paul-Gerhardt-Werks, und Ortenau-Klinikum-Geschäftsführer Christian Keller unterzeichneten das einvernehmlich vereinbarte Vertragswerk. Das teilte das Ortenau-Klinikum am Montag mit. Das Vertragswerk regle die langjährige Anmietung von Räumlichkeiten durch das Paul-Gerhardt-Werk in einem für den Bedarf einer geriatrischen Rehaklinik vorgesehenen Neubau, der nach einem Teilabriss des derzeitigen Klinikgebäudes durch das Ortenau-Klinikum errichtet wird. Dieser soll Teil der Nachnutzung des Klinikgebäudes in Ettenheim sein und an diesen angebunden werden (wir berichteten). Dazu werde das Paul-Gerhardt-Werk seine derzeitige geriatrische Rehabilitation von Offenburg nach Ettenheim verlagern. Dafür werden beim zukünftigen Zentrum für Gesundheit Ettenheim die vorhandenen 40 Betten auf 60 Betten erweitert. Die Inbetriebnahme wird im Laufe des Jahres 2025 erfolgen. Der Mietvertrag hat eine Laufzeit von 40 Jahren.

Freuen sich auf die zukünftige Zusammenarbeit: Silke Boschert, Vorsitzende des Paul-Gerhardt-Werks Offenburg, und Ortenau-Klinikum-Geschäftsführer Christian Keller mit dem unterzeichneten Vertrag in Offenburg. Foto: Ortenau-Klinikum

»Wir freuen uns auf eine gute und langjährige Zusammenarbeit sowie ein gemeinsames Angebot von Pflege und Gesundheit im Zentrum für Gesundheit Ettenheim«, betonten Boschert und Keller. Beide dankten Bürgermeister Bruno Metz und der Stadt Ettenheim für die große Unterstützung des Projekts.

Die geriatrische Rehabilitation wird nach einem vom Kreistag 2021 beschlossenen Konzept ein zentraler Baustein des künftigen Zentrums für Gesundheit Ettenheim sein. Das Paul-Gerhardt Werk möchte aufgrund gesetzlicher Vorgaben seine geriatrische Rehaklinik zukunftsorientiert ausrichten und nachhaltig stärken, so das Ortenau-Klinikum in seiner Mitteilung. Ziel sei eine ambulant und stationär ausgerichtete geriatrische Versorgung für die älteren Menschen im Ortenaukreis.

3000 Euro beim Friedensgebet

Ukraine | Rust und Ringsheim erhöhen Spende auf 5000 Euro

Ringsheim/Rust (red/jg). Mehr als zweihundert Menschen haben am Freitag auf dem Ringsheimer Rathausplatz gemeinsam für den Frieden gebetet. Die beiden großen Kirchen sowie die Gemeinden Rust und Ringsheim hatten dazu eingeladen. »Unser Dank geht an alle, die vor Ort waren. Danke auch an alle, die die Aktion vorbereitet, durchgeführt und unterstützt haben. Beim Friedensgebet wurden Spenden gesammelt, 3027,76 Euro sind zusammengekommen. Die Gemeinden Rust und Ringsheim haben beschlossen, den Betrag auf 5000 Euro aufzustocken«, erklärten die Bürgermeister Kai-Achim Klare (Rust) und Pascal Weber (Ringsheim) in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Die Spenden gehen an die Herbolzheimer Partnerstadt Morawica in Polen, wo schon viele flüchtende Familien angekommen sind. Die Stadtverwaltung Herbolzheim steht in engem Kontakt mit der Verwaltung dort. Die Stadt Morawica soll dafür sorgen, dass die Spenden direkt den geflüchteten Familien zugute kommen werden – zumal Morawica wiederum zwei Partnerstädte in der Ukraine hat, mit diesen in Kontakt steht und sich in besonderer Weise mit den Menschen dort verbunden fühlt.

Solches Leid sei beispiellos in der jüngeren europäischen Geschichte

»Täglich bestürzten uns die Informationen aus der Ukraine, die vor Wochen noch unvorstellbar waren. Wir sind erschüttert über die Bilder von Krieg, Leid, Not und Zerstörung. Die russische Führung hat einen in der jüngeren europäischen Geschichte beispiellosen und nicht zu rechtfertigenden Angriffskrieg mitten im Herzen unseres Kontinents begonnen«, erklären die beiden Bürgermeister: »Wir fühlen mit den Menschen die vor Ort für Freiheit und Demokratie kämpfen, die um ihre Familien bangen und teilweise schon trauern, die sich auf der Flucht befinden und die eine ungewisse Zukunft erwartet. Wir sind in unseren Gedanken bei all den Menschen und lassen sie nicht allein.«

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Ringsheim und Rust haben bereits Spenden angeboten, heißt es in der Pressemitteilung. Sachspenden könnten die Gemeinden derzeit jedoch nicht entgegennehmen. Sollte doch noch etwas vor Ort etwas benötigt werden, werde man über das Amtsblatt informieren. Geldspenden könnten gerne an die verschiedenen zertifizierten Hilfsorganisationen oder die Stadt Herbolzheim gerichtet werden.

Rust und Ringsheim rechnen zudem mit einer Flüchtlingswelle aus der Ukraine. Bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten seien die beiden Gemeinden auch auf Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen. Wer noch freien Wohnraum zur Verfügung stellen kann, darf sich gerne an die beiden Rathäuser wenden. Sollten Bürgerinnen und Bürger privat Geflüchtete aufnehmen, wird darum gebeten, dies unbedingt umgehend oder vorab mit der Gemeindeverwaltung zu besprechen.